

Höhen und Tiefen in C

Die christdemokratischen Parteien im Europa des 20. Jahrhunderts

Michael Gehler/Wolfram Kaiser/Helmut Wohnout (Herausgeber): Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert. Böhlau Verlag, Köln 2001. 791 Seiten, 200,- Mark.

Die aus dem Sozialkatholizismus erwachsene christliche Demokratie hat seit dem Ende des 19. Jahrhunderts klassenübergreifende Volksparteien hervorgebracht: in Deutschland, Österreich und Italien, in Belgien, den Niederlanden und der Schweiz, dazu in den 1919 entstandenen Staaten Ostmitteleuropas. Die meisten von ihnen bestanden auf Unabhängigkeit von der kirchlichen Hierarchie. Aber der katholische Hintergrund stand für ein traditionelles Wertesystem, welches der Rezeption der Moderne Grenzen setzte, welches ebensogut zum Ständestaat wie zur Demokratie führen konnte und schon darum die Gegnerschaft der Progressiven provozierte. Doch dieser Hintergrund hatte auch zur Folge, daß man sich nirgends mit dem Nationalismus identifizierte, wenngleich es im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts zu Annäherungen kam.

Nach der unterschiedlich erlebten Erfahrung der Diktaturen hat die christliche Demokratie sogleich nach 1945, in Deutschland nunmehr interkonfessionell und hier wie in Italien nun Mehrheitspartei, die ersten Schritte zur europäischen Einigung getan. Die bekannt gebliebenen Hauptakteure waren Konrad Adenauer, Alcide De Gasperi und Robert Schumann; sie handelten bereits, als Sozialdemokraten und viele Liberale von dieser Einigung noch nichts wissen wollten. Diese Geschichte wird im linksliberalen Meinungsklima der Gegenwart vergessen gemacht – und die infolge der fortgeschrittenen Säkularisierung in eine Identitätskrise geratenen Christdemokraten tun zuwenig, um sich ihrer Traditionen zu vergewissern.

Dies unternimmt nun der von Michael Gehler, Wolfram Kaiser und Helmut Wohnout herausgegebene Sammelband. 31 Autoren haben Beiträge beigesteuert, die den Grundlagen, der Zwischenkriegszeit samt Exil, der zweiten Nachkriegszeit und den Initiativen zu internationaler Zusammenarbeit gewidmet sind. Österreichische Erfahrungen und Perspektiven sind überproportional vertreten.

Der Verzicht auf so ausgewiesene Kenner der Thematik wie Winfried Becker und Rudolf Morsey hat bei der Schilderung deutscher Fakten zu Fehlurteilen geführt: Keineswegs haben Teile der Zentrumspartei, wie die Herausgeber in ihrer Einleitung meinen, 1933 bei der „Machtergreifung“

mitgewirkt; erst nachdem sie den gegen Hitler geführten Wahlkampf verloren hatten, versuchten sie sich zu arrangieren. Erst recht unhaltbar ist das Urteil, daß der politische Katholizismus die antidemokratischen Ideologien unterstützt hätte. Denn für autoritäre Neigungen im Vatikan waren nicht die christdemokratischen Parteien verantwortlich.

Die meisten Beiträge bestätigen den Eindruck, daß die Ambivalenz der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber den nach 1919 aufstehenden Diktaturen auch die damaligen C-Parteien durchzog. Wo die Demokratie bereits solide fundiert war, trug sie diese mit; wo das nicht oder mit der Zeit immer weniger der Fall war, auch wegen der Folgen der Friedensverträge von 1919, setzten auch sie auf autoritäre Auswege. Das erwies sich zunächst an dem außerhalb Italiens zu wenig reflektierten Scheitern der dortigen Volkspartei, deren Führer Don Sturzo und De Gasperi allerdings überzeugte Antifaschisten waren oder wurden (*Aufsatz von Tiziana Di Maio*).

Auch von den Führern der französischen P.D.P. sind nach 1940 nur einige auf die Seite Pétains getreten, während andere wie Georges Bidault oder Pierre-H. Teitgen aktiv zur Résistance standen (Jean-Claude Delbreil). Am deutlichsten wird die Ambivalenz im Vergleich der Christlich-Sozialen Österreichs (Helmut Wohnout) und des deutschen Zentrums (Jürgen Elvert). Erste regierten gegen die Sozialdemokraten und optierten für den Ständestaat; Ignaz Seipel, der wegen der Stabilisierung Österreichs höchstes Prestige erwarb, wies den Weg dahin; Engelbert Dollfuß führte ihn seit 1932 zu Ende. Hinzuzufügen wäre freilich, daß er dadurch – von Mussolini unterstützt – den Nationalsozialisten den Weg abschneiden wollte und von diesen deshalb 1934 ermordet wurde (was in dem Sammelband nicht erörtert wird).

Immerhin würdigt Anita Ziegerhofer-Prententhaler Dollfuß' Engagement für die Paneuropa-Idee. Die Zentrumspartei dagegen wird mit Recht als feste Stütze der Republik vorgestellt, sie regierte oft mit den Sozialdemokraten, am längsten in Preußen. Hier wünschte man sich einen Blick auf die anderen deutschen Länder, denn 1933 widersetzten sich alle Landesregierungen, an denen das Zentrum oder dessen bayerische Schwesterpartei beteiligt war, der Gleichschaltung.

Doch andere Ambivalenzen wirkten weiter: 1945 wollte Jakob Kaiser auf den alten deutschen Sonderweg zurück, doch Bundeskanzler Adenauer setzte die Option für den

Westen durch. Von großem Wert sind die Beiträge über die kleineren oder peripheren Staaten sowie über internationale Kooperationen. So behandelt Leszek Kuk die christdemokratische Partei Polens vor 1939, die zeitweise sehr national, auch antisemitisch auftrat, aber der Diktatur Pilsudskis widersprochen hat. Jan Zaryn entwirft ein facettenreiches Bild von Kirche und katholischen Organisationen seit 1944: zu meist im vordergründig aussichtslosen Konflikt mit dem kommunistischen Regime, die Gruppe PAX auf dem linkskatholisch motivierten Weg der Kompromisse. Ähnlich wie sie, jedoch auf kirchenfernerem Hintergrund, handelte die Volkspartei in der CSR (Christiane Brenner).

Die internationale Zusammenarbeit (Beiträge von Guido Müller, Wolfram Kaiser, Michael Gehler) war auf acht Kongressen begonnen worden, die 1925 bis 1932 zwischen Paris und Köln stattfanden. Die Initiative dazu kam von dem seit 1924 im Exil lebenden Sturzo und wurde zunächst nur von einer damals schon europäisch gesinnten Minderheit aktiv unterstützt. In Brüssel (1926) bekannte man sich ausdrücklich zur Demokratie und verurteilte Faschismus und Bolschewismus gleichermaßen. Die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland galt als zentrales Problem; und das blieb sie auch nach 1945, als mit den „Nouvelles Equipes Internationales“ (NEI) eine lockere christdemokratische Internationale entstand. Schon auf ihrem Luxemburger Kongreß (1948) ging es auch um die Rehabilitation der Westdeutschen und um ihre Integration in eine westliche Staatengemeinschaft; die De-facto-Teilung Deutschlands sahen Franzosen, Belgier, Niederländer und Schweizer nicht ungern, weil sie den preußisch geprägten Ostdeutschen die Befähigung zu solcher Integration absprachen.

Ebenso ging es in den NEI um die wirtschaftspolitischen Konsequenzen aus der katholischen Soziallehre. Zudem gründeten sie eigene Sektionen für die neuen Exilanten aus den kommunistischen Ländern, über die Stefan Delureanu berichtet. Aber seit 1950 konzentrierten sich die C-Parteien Westeuropas auf die dortigen Probleme und Chancen, seit der EWG-Gründung (1957) gingen die Parteien in Österreich und in der Schweiz zunehmend eigene Wege.

Alles in allem wird solide informiert. Hätten die Herausgeber ihre Einleitung besser durchdacht, auf die nachfolgenden Beiträge bezogen und diese gekürzt, so wäre ihnen ein insgesamt überzeugender Band gelungen.

RUDOLF LILL